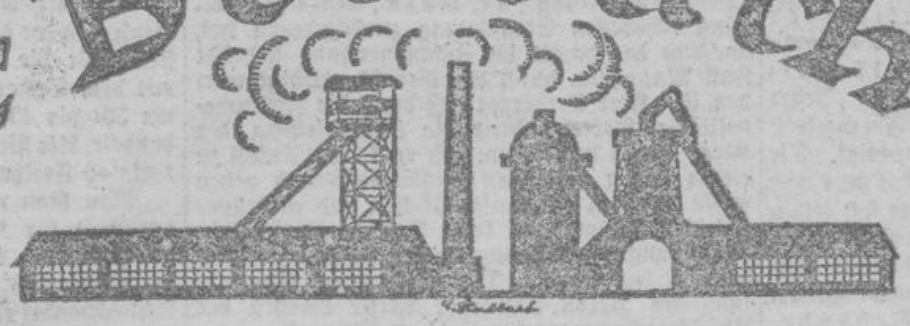
Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1.	Samstag, 30. Oktober 1920	Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30. bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	44. Folge

Inhalt der Nummer:

Politische Naturforscher.
Von G. H. Kockelkorn-Hannover.
Preußens Finanzelend.
Der Reichsfinanzminister a. D.
Die Volksernährung und der Abbau der Zwangswirtschaft. II.
Von Wilhelm Dusche, M. d. R.
Bundesstaatliche Autonomie für Oberschlesien.
Von Dr. Julius Curtius, M. d. R.
Carpe diem.
Von Käte Rahmlow, Dortmund.
Was geht in der Demokratischen Partei vor?
Die römische Mission des Fürsten Bülow.
Eine Lektion für das Berliner Tageblatt.
Politische Geschäftsmacherei Amerikas in Deutschland.
Rede des Herrn Pir. Schmidt am Grabe Maccos.
Aus Zeit und Welt.
Aus der Partei.

Politische Naturforscher.

Von G. H. Kockelkorn-Hannover.

Die Geschichte beginnt mit einem großen Wenn. Wenn nämlich der Himmel ein Loch hätte, dann könnten die Bäume hineinwachsen. Der Baum der Erkenntnis würde sich darunter zwar nicht befinden. Seitdem wir von seinen Früchten gegessen haben, wissen wir, daß die Paradiese verschlossen sind, aber es gibt andere Bäume, die von manchen Leuten mit liebevoller Sorgfalt gehegt und gepflegt werden, z. B. die Parteibäume. Von niemandem wird darum das Fehlen des bewußten Loches mehr bedauert, als von gewissen Vertretern der Parteibaumzucht. Sie können sich nicht trösten; es wäre gar zu schön gewesen. So müssen sie wenigstens einen Schuldigen haben, den sie für ihr Unglück verantwortlich machen können. Es gilt ihn nur zu finden.

Nach den Berichten der Deutschnationalen Korrespondenz hat Herr Graef-Anklam dieses Forschungsamt für die Deutschnationale Partei z. Zt. übernommen, während es auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Kassel für die S. P. D. von dem Genossen Wels ausgeübt wurde. Beide Forscher sind merkwürdigerweise zu demselben Ergebnis gekommen. Wenn nämlich die Öffnung fehlt, durch die von rechts die deutschnationalen Bäume und von links die sozialistischen in den Himmel hineinwachsen können, so ist dies die Schuld der Deutschen Volkspartei. Unser eigenes schuldbeladenes Gewissen hat uns in stillen Stunden der Besinnlichkeit schon ähnliches gesagt, da aber nun alle deutschnationalen und sozialistischen Blätter öffentlich unsere Schande besprechen, wäre es sinnlos darüber in den eigenen Reihen zu schweigen.

Hören wir zunächst den deutschnationalen Landtagsabgeordneten Graef-Anklam, der zu folgenden Schlüssen kommt. Wenn Herr Stresemann bei der Regierungsbildung im Juni den Zentrumsleuten und Demokraten nur ein paar gute Worte gegeben hätte, so würden diese keine größere Freude gekannt haben, als die Herren Graef, Wulle, Westarp usw. an ihr Herz zu drücken; wenn also die dahinstrebende Sehnsucht der Deutschnationalen nicht ans Ziel gelangte, so ist dies die Schuld der Deutschen Volkspartei. Wenn weiter die jetzige Regierung fast nur Passive aufzuweisen hat, und wenn endlich die nationale Saat verkümmert, die sozialistische dagegen grünt und blüht, so ist dies einzig und allein . . . Der Schluß braucht nicht ausgeführt zu werden, er liegt auf der Hand. Herr Graef Anklam und die Deutschnationale Korrespondenz sehen sich deshalb genötigt, bei der jetzt beginnenden Landtagswahlbewegung der Deutschen Volkspartei die Gretchenfrage vorzulegen: „Wie hältst du's mit der Sozialdemokratie?" Wir glauben gern, daß es dem deutschnationalen Mephisto nicht schwer fallen wird, diese Frage zu stellen, und wollen sie darum gleich von der denkbar zuständigsten Stelle beantworten lassen, nämlich von dem politischen Naturforscher der Sozialdemokratischen Partei, Herrn Wels, der in Kassel zu folgendem „wenn" kam.

Wenn wir, d. h. die Sozialdemokraten, in der Regierung säßen, dann würden wir die vollständige Verstaatlichung des Kohlenbergbaues und dergleichen schönen Sachen sofort durchführen. Nun aber sitzt da die böse Deutsche Volkspartei, die durch ihre Minister auch den bescheidensten Sozialisierungsversuch sabotiert. „Diese Regierung der Deutschen Volkspartei säubert die Reichsämter von sozialdemokratischen Männern und sozialistischen Gedanken . . . Man braucht nur die Fortschritte in der Bewaffnung und Stärkung der Reaktion anzusehen, um zu erkennen, woher der Wind weht . . ." sagt Herr Wels wörtlich nach dem offiziellen Bericht des „Vorwärts". Wenn also, so schließt er von seinem Standpunkte aus folgerichtig, die reaktionäre und nationale Saat jetzt überall von neuem in die Halme schießt, dagegen die sozialistische republikanische verkümmert, dann ist dies einzig und allein . . . Der Schluß liegt auch hier auf der Hand und braucht darum auch hier nicht weiter ausgeführt zu werden.

Merkwürdig bleibt es allerdings doch, daß beide Forscher zu demselben Ergebnis auf Grund ganz entgegengesetzter Voraussetzungen kommen. Aber der Fall ist schon zu erklären. Hier wie dort war derselbe Wunsch Vater des Gedankens und darum wurde hier wie dort derselbe Schluß gezeugt: „Nieder mit der ††† Deutschen Volkspartei!"

Das Urteil ist gefällt, und wir haben ein Recht, den letzten und eigentlichsten Beweggrund der Richter zu hören. Er ist jedenfalls in der schwersten Anklage zu suchen, die gegen die Deutsche Volkspartei erhoben werden kann. Herr Graef-Anklam spricht sie mit den Worten aus, daß Herr Dr. Stresemann nicht aufhören könne, „die Daseinsberechtigung seiner eigenen Partei in ein helles Licht zu setzen". Das ist also des Pudels Kern. Es geht der Deutschen Volkspartei wie dem deutschen Volke. Beide haben erst dann keine Feinde mehr, wenn sie freiwillig auf ihre Selbständigkeit verzichten, denn ihre Todsünde besteht ja darin, daß sie überhaupt ein eigenes Leben führen. Die Deutschnationalen können es nicht verschmerzen, daß die Deutsche Volkspartei bei den Wahlen Zuzug von rechts erhalten hat; Sozialdemokraten und Demokraten überwinden es nicht, daß ihr Hunderttausende von links aus zugewandert sind.

Etwas Gutes muß allerdings doch an dieser Deutschen Volkspartei sein, denn ein so kluger Mann, wie der Sozialdemokrat Heilmann-Charlottenburg, rät in Kassel zur Vorsicht und empfiehlt, mit dem Sturze der Regierung zu warten, „bis dieser Ruf mit verstärkter Gewalt aus den breiten Massen herauskommt". Sollten die Massen mit der gegenwärtigen Regierung doch zufriedener sein, als mit der früheren demokratisch-sozialistischen Parteiherrschaft? Falls auch die Deutschnationale Volkspartei an einer solchen Entwicklung Interesse hätte, müßte sie freilich Staatspolitik und nicht Wahlpolitik treiben. Zurzeit arbeitet sich einzig nach jenem Rezept, das die „Deutsche Zeitung" schon drei Tage nach den Wahlen, nämlich am 9. Juni, bekannt gab und das da lautet: Da „für die Erfüllung der Staatsnotwendigkeiten durch den Zutritt der Volksparteiler zur Regierungsmehrheit gesorgt ist", so können die Deutschnationalen die „ungeheuer dankbare Aufgabe" beibehalten, „nach den Regeln der Kunst die Partei des Widerspruchs zu sein". Es hat jeder seinen Weg gewählt. Die Deutsche Volkspartei wird den Weg der positiven Arbeit nicht verlassen, mag er auch mit Opfern verbunden sein, und noch sehr das Kopfschütteln der oppositionellen Naturforscher erregen.

Preußens Finanzelend.

Bei der Etatsberatung über Preußens Finanzlage in der Preußischen Landesversammlung teilte der Finanzminister Lüdemann mit, daß mit Ende des Rechnungsjahres sich ein ungedeckter Fehlbetrag von mindestens 3 Milliarden ergeben und alle Mehrausgaben eine Überschreitung des Haushaltsplanes um etwa 15 Milliarden Mark verursachen werden. Jeder Optimismus, Preußen aus diesem Finanzelend wieder herauszubringen, scheint unberechtigt. Die Erzbergersche Steuerpolitik im Reich hat zu einem vollkommenen Fiasko geführt, und das hat selbstverständlich auch seine Rückwirkung auf Preußen. Nun hat der Finanzminister Lüdemann zur Deckung des Betrags ein Sanierungsprogramm entwickelt, dessen Kernpunkt eine Gebäude- und Grundbesitzsteuer für das Land bildet. Dieses Programm hat seine großen Bedenken, wie Dr. Leidig treffend ausführte. Was bleibt z. B. für die Gemeinden übrig, wenn das Land Besitz auf diese Realsteuern legt? Auch werden diese Steuern kaum große Gegenliebe bei der Bevölkerung finden, denn wenn man alle übrigen Abgaben berücksichtigt, dürfte diese Steuer eine Mietserhöhung von nahezu 200 Prozent bewirken. Wenn auch die indirekten Steuern in der heutigen Zeit der Unruhen und der sozialen Gegensätze am ehesten die Staatseinkünfte verbürgen und schon aus diesem Grunde auf sie in umfassender Weise wieder zurückgegriffen werden müßte, so ist, wie Dr. Leidig erklärte, die Deutsche Volkspartei doch bereit, an der Sanierung der preußischen Finanzen in der vorgeschlagenen Form mitzuarbeiten. Grundbedingung für die Beratung und Durchführung des Lüdemannschen Finanzprogramms muß aber bleiben, daß dadurch der Beschluß des Ältestenausschusses, die Neuwahlen in Preußen innerhalb von drei Monaten nach der Verabschiedung der Verfassung auszuschreiben, nicht beeinflußt wird. Es erweckt ohnedies nicht zu unterschätzende Bedenken, daß die alte Landesversammlung noch dies neue Steuerprogramm verabschieden soll. Um die Möglichkeit einer rein sachlichen und durch die Wahlagitation nicht getrübten Behandlung der Materie zu erreichen, schlug daher Dr. Leidig mit gutem Grunde vor, daß durch interfraktionelle Besprechungen zusammen mit den Regierungsvertretern hier die wichtigste Vorarbeit geleistet werden müsse. Finanzminister Lüdemann zeigte zwar Verständnis für diesen praktischen Vorschlag, ließ aber durchblicken, daß er persönlich sich nicht allzuviel davon verspreche, woraus naheliegende Schlüsse zu ziehen gestattet sein wird. Im übrigen wird die zweite Lesung der Verfassung noch Gelegenheit geben, auf die technischen Fragen der preußischen Steuergesetzgebung näher einzugehen. Grundbedingung für die Erholung der preußischen Finanzen ist, daß erst einmal die gesamtdeutsche Volkswirtschaft auf gesunde Füße gestellt wird, und hier kann man dem Ruf Dr. Leidigs: „Landtag werde hart!“ nur voll beistimmen. Mehrproduktion, Arbeitsamkeit, Anständigkeit, die Initiative der Unternehmer und Erfinder und die Beendigung der Selbstzerfleischung des Volkes durch Parteikämpfe sind die Grundpfeiler, auf denen eine gesunde Finanzwirtschaft aufgebaut werden muß.

Der Reichsfinanzminister a. D.

Herr Erzberger hat offenbar die Absicht, nachdem, wie er annimmt, über seinen Prozeß im Frühjahr d. J. wieder einigermaßen Gras gewachsen ist, in Berlin das politische Stehaufmännchen zu spielen. Er hat seit einiger Zeit seinen Wohnsitz in die Reichshauptstadt verlegt und soll, wie es heißt, seine Freunde in den Ministerien häufig aufsuchen, angeblich in der Absicht, ein neues politisches Betätigungsfeld vorzubereiten. Daß daran etwas Wahres ist, geht schon aus der Nachricht hervor, daß Herr Erzberger sich noch im Laufe dieses Sommers eifrig darum bemüht hat, den Gesandtschaftsposten in Madrid zu erhalten. Dieser Tage ist Herr Erzberger mit einer verdächtigen Anwandlung von Großmut wieder in den Brennpunkt des Interesses getreten, indem er seinen, im vorigen Jahr gegen den damaligen Hauptschriftleiter der „Deutschen Zeitung“, Dr. Bülck, wegen Beleidigung erhobenen Strafantrag zurückgezogen hat, nachdem der damit im Zusammenhang stehende Fall Mannheim durch das Gericht erledigt worden ist. Herr Erzberger ließ durch die zentrumspolitische Korrespondenz die Zurückziehung der Klage damit begründen, daß er keinen Anlaß zu einem neuen politischen Sensationsprozeß geben wolle und daß die strafrechtlichen und prozessualischen Bestimmungen keine Gewähr für sachliche Erledigung von Ehrenrettungen beleidigter Persönlichkeiten böten. Die großmütige Anwandlung des Herrn Erzberger dürfte indessen der Absicht entsprungen sein, seine politische Unzuverlässlichkeit nicht wieder aufs neue vor aller Welt erhärten zu lassen, wo er jetzt wieder daran denkt, im politischen Leben hervorzutreten. Was seine Kritik an den strafrechtlichen Bestimmungen betrifft, so hat er doch deren Sachlichkeit in dem Fall Mannheim durchaus anerkannt, wo das Gericht zu einer Verurteilung des Angeklagten gelangte. Der Angeklagte und seine Verteidigung hatten sich im vorigen Jahr erbötig gemacht, den Wahrheitsbeweis dafür anzutreten, daß Herr Erzberger u. a. bei der Einbringung der Friedensresolution vom Jahre 1917 politisch unsauber gehandelt, daß er gegen den Wunsch des damaligen Reichskanzlers unter wissentlich falscher Berufung auf denselben seine Fraktion gegen die Kriegssteuerprojekte Dr. Helfferichs alarmiert habe und daß die ganzen Behauptungen Erzbergers, wie er sie bezüglich der angeblichen Friedensschritte des Vatikans in seiner Rede vom 25. Juli 1919 aufgestellt habe, mit der Wahrheit im schroffsten Widerspruch stünden. Durch die Zurückziehung seiner Beleidigungsklage hat Herr Erzberger diese offenbar für ihn sehr unangenehme Beweiserhebung unmöglich zu machen gesucht. Er dürfte damit aber kein Glück haben, denn Dr. Bülck hat die in diesen Beweisanträgen enthaltenen Beschuldigungen sowie auch die über falsche Steuererklärungen und meineidliche Aussagen Herrn Erzbergers in dem Prozeß gegen Helfferich ausdrücklich neuerdings in aller Öffentlichkeit erhoben, um Herrn Erzberger Gelegenheit zur Wiederaufnahme seines Strafantrags zu geben. Wenn Herr Erzberger tatsächlich versuchen sollte, politisch wieder in die Höhe zu kommen, so muß ihm zwecks Reinhaltung der politischen Moral von vornherein jede Möglichkeit dazu genommen werden. Das Schicksal des deutschen Volkes darf in keiner Weise von der Unzuverlässigkeit und Unwahrhaftigkeit dieses notorischen Reichsverderbers noch einmal abhängig gemacht werden. Eine weitere ausgezeichnete Beleuchtung für die Unzuverlässigkeit Erzbergers bieten die Veröffentlichungen, die dieser gegen den ehemaligen Unterstaatssekretär von Falkenhausen in bezug auf die Verwaltung des dermaligen Operationsgebietes Litauen der „Kreuzzeitung“ übergeben hat. Diese sollte eine Widerlegung einer von Falkenhausen in der „Kreuzzeitung“ unternommenen Rechtfertigung bedeuten, die dieser gegenüber Verdächtigungen Erzbergers in seinen „Erinnerungen“ bezüglich seiner Geschäftsführung erhoben hatte. Zu dieser Berichtigung Erzbergers in der „Kreuzzeitung“ stellt Herr von Falkenhausen zu gleicher Zeit fest, daß die von Erzberger erhobenen Vorwürfe keineswegs stichhaltig sind, daß Erzberger in der litauischen Angelegenheit außerordentlich leichtfertig gehandelt hat und daß die Amtsenthebung Falkenhausens keinesfalls auf die Forderung Erzbergers selbst zurückging. Erzberger hat sich jüngst von der Obersten Heeresleitung erst bescheinigen lassen müssen, daß verschiedene Mitteilungen in seinen „Erinnerungen“ die Wahrheit entstellen; auch diese neuerliche Entlarvung seiner Unzuverlässigkeit und bösartigen Verdrehungskunst legt mit eindringlicher Deutlichkeit die Gefährlichkeit dieses Parlamentariers und Politikers dar und ist eine beredte Warnung für die Öffentlichkeit, sich von den Schlichen und biedermännischen Anwandlungen dieses Mannes nicht gefangennehmen zu lassen.

Die Volksernährung und der Abbau der Zwangswirtschaft.

Von Wilhelm Dusche, Mitglied des Reichstags.

II.

Vor mir liegt die Offerte eines Hamburger Hauses, in der ein großer Posten verdorbener Speckseiten für die Seifenfabrikation angeboten wird, mit dem Bemerken, daß es sich bei dieser Offerte um 30- bis 40 000 Kilogramm in Kisten verpackt handele. Als Preis wird 9,50 M für ein Kilogramm netto ab Freihafen Hamburg gefordert.

Man kann mit Recht sagen, daß die Zwangswirtschaft für Kartoffeln nur in der Lage war, durchschnittlich 2—3 Pfd. Kartoffeln für die Person wöchentlich zu erfassen, während der Rest im Schleichhandel eingekauft werden mußte. Man kann vielleicht auch sagen, der Mann hat Recht, der mir gestern aus Berlin eine Karte schrieb, in der gefragt wird, was nützt die ganze Bewirtschaftung der Butter, wenn wir höchstens 20—30 Gramm in der Woche pro Person bekommen, während in vielen Läden offen Butter in Hülle und Fülle ausliegt.

So weit gehen wir und mit uns die übrigen bürgerlichen Parteien nicht. Wir wollen die Bewirtschaftung des Brotgetreides vorläufig aufrechterhalten. Wir freuen uns, daß auch die Landwirtschaft die Notwendigkeit dieser Bewirtschaftung einsieht. Wir wollen im Gegensatze zu der früheren Regierung eine geringere Ausmahlung des Brotgetreides, um ein besseres Brot herzustellen und um die für den menschlichen Magen unverdauliche Zellulose in der Kleie für das Vieh zu gewinnen. Wir strecken dafür das nunmehr bessere Backmehl durch gutes Maismehl. Wir wollen rechtzeitig das Brotgetreide einkaufen, das uns in Deutschland fehlt, und nicht wieder in den alten Fehler der früheren Regierung verfallen.

Wir wollen beibehalten die Bewirtschaftung der Milch in Form von Lieferungsverträgen der Kuhbesitzer mit den Städten und Kommunalverbänden, zur Sicherstellung der Versorgung der Kinder, Kranken und älteren Personen in den Städten mit Vollmilch. Wir wollen die Butterbewirtschaftung erst aufheben, wenn genügend andere Fette vorhanden sind. Auf dem Wege hierzu sind wir, da seit Freigabe der Margarine diese nicht nur im allgemeinen besser geworden, sondern auch meistens billiger zu haben ist.

Über die Bewirtschaftung des Zuckers hat der Ausschuß für Volkswirtschaft in diesen Tagen beschlossen. Die Bewirtschaftung des Zuckers dauert noch ein Jahr fort. Dagegen fallen unnötige Belästigungen der Landwirtschaft, wie auch der Verbraucher, so das Verbot bezüglich der Herstellung von Sirup in den Privathaushaltungen und der Zurückgabe von Melasse fort. Die Zuckerfabriken müssen für die Rüben 20 M pro Zentner bezahlen. Der Preis für den Melis (Rohzucker) beträgt 280 M.

Überhaupt hat die jetzige Regierung vor allem durch unseren Eintritt in dieselbe das Verdienst, daß sie ein festes Programm bezüglich des Abbaues der Zwangswirtschaft hat, während die frühere Regierung oder sagen wir: der frühere Reichswirtschaftsminister Schmidt, hin und her schwankte. Wir sind mit und in der Regierung nach wie vor der Anschauung, daß auf die Dauer unter der Zwangswirtschaft, wie wir es an vielen Beispielen nachweisen können, die Produktion zurückgehen muß und nur vorwärts kommt unter der freien Wirtschaft. Eine Steigerung an einheimischen Lebensmitteln muß aber eine der Hauptaufgaben der jetzigen Regierung sein. Die schönsten Gesetze nützen nichts und alle Aufforderungen zur fleißigen Arbeit werden nur dann vollen Erfolg haben, wenn wir, und zwar baldigst, jeden Deutschen satt machen können möglichst mit einheimischen Lebensmitteln zur Ersparung von Volksvermögen und zwecks Sicherstellung dieser Ernährung.

Wenn bei dem Übergange zur freien Wirtschaft bei einzelnen Lebensmitteln sich zunächst Schwie-

eigkeiten einstellen, so bedaure ich das mit allen Mitgliedern meiner Fraktion aufs äußerste. Obwohl ich Landwirt bin oder vielmehr gerade weil ich Landwirt bin, verurteile ich jeden Landwirt, der bei der Freigabe einzelner landwirtschaftlicher Produkte solche zurückhält oder zu hohe Preise fordert. Wer dies tut, versündigt sich am ganzen deutschen Volke. Es gehört dazu, daß auch die Verbraucher vernünftig sind und daß nicht sie oder einzelne gewissenlose Händler den Landwirt durch Anbieten zu hoher Preise in Versuchung bringen. Zu meiner Freude habe ich gehört, daß vor einigen Tagen ein Landwirt aus einem großen Dorfe in der Nähe Hannovers der Versuchung nicht unterlegen ist, als ihm für eine Fuhre Roggen zunächst 200 und sodann 250 M für den Zentner von einem gewissenlosen Aufkäufer geboten wurde, daß er vielmehr den Roggen an die vorgeschriebene Stelle abgeliefert hat. Bedauert habe ich es nur, daß dieser Landwirt den Aufkäufer nicht sofort dem nächsten Schutzmann übergeben hat. Denn vor ein Wuchergericht gehören sie alle, die im Augenblicke sich an der Volksernährung versündigen, mögen es Erzeuger oder Verbraucher sein. Jeder Landwirt aber bedenke, daß die ganze deutsche Landwirtschaft augenblicklich am Scheidewege steht und daß die ganze Landwirtschaft darunter leiden müßte, wenn auch nur ein Bruchteil der Landwirte in diesem verhängnisvollen Augenblicke seine Schuldigkeit nicht täte.

Bundesstaatliche Autonomie für Oberschlesien.

Von Dr. Julius Curtius, M. d. R.

Am 21. und 23. Oktober hat der verstärkte Auswärtige Ausschuß des Reichstags unter Mitwirkung der Reichs- und preußischen Regierung und Teilnahme oberschlesischer Abgeordneter aus dem Reichstage und der preußischen Nationalversammlung die Schicksalsfrage Oberschlesien nach allen Seiten durchberaten. Das Ergebnis ist bekannt. Die Reichsregierung wird einen Gesetzentwurf einbringen, durch welchen Oberschlesien die bundesstaatliche Autonomie gewährt wird, wenn es sie durch eine Abstimmung verlangt. Die Vertreter einiger Parteien haben alsbald bindende Erklärungen für ihre Fraktionen abgegeben, andere die Entscheidung vorbehalten. Auch unser Fraktionssprecher gehörte zu den letzteren. Er berief sich dabei auf den Beschluß der Fraktion, zu der Frage erst dann endgültig Stellung zu nehmen, wenn der Auswärtige Ausschuß getagt hätte.

Der Tatbestand, der sich aus den Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses ergibt, ist in gedrängter Kürze folgender:

1. Kein Opfer, außer dem der nationalen Einheit, ist zu groß, um Oberschlesien beim Reich zu erhalten.

2. Wir haben keine Hilfe von außen zu erwarten, selbstverständlich nicht von der Entente, aber auch nicht von einem Umschwung der Lage im Osten. Es hilft uns keiner in unserer Not. Wir stehen auf uns ganz allein.

3. Alles kommt auf die nahe bevorstehende Abstimmung an. Daß die Mehrheit für Deutschland stimmen wird, ist sicher. Es ist aber nötig, eine möglichst starke Mehrheit zu gewinnen. 10 Proz. mehr können den Ausschlag für die Entscheidung der Entente geben.

4. Die Beeinflussung der Abstimmung ist eine psychologische Aufgabe. Es gilt, die Massen in ihrer Treue für Deutschland zu erhalten und neu zu gewinnen. Neben der Erzeugung einer „Massenpsychose" müssen die Führer beeinflußt werden. Führer sind Klerus und Arbeiterorganisationen.

5. Ein mögliches Mittel, Stimmung für Deutschland zu machen, ist die feste Zusage der Gewährung bundesstaatlicher Autonomie durch Gesetz. Es ist keine Zeit mehr, zu untersuchen, wie es gekommen ist, Vorwürfe und Beschuldigungen zu erheben, Verantwortlichkeiten festzustellen. Die Forderung der Gewährung bundesstaatlicher Autonomie ist da und in weitem Umkreis in die Köpfe der Abstimmenden eingedrungen.

6. Die Forderung bundesstaatlicher Autonomie ist unmittelbar nach der Revolution zum ersten Mal erhoben worden. Sie hat eine Hauptrolle gespielt beim Zustandekommen des Artikels 18 der Reichsverfassung. Nach diesem in Verbindung mit Art. 167 können die Oberschlesier vom 11. August 1921 ab über die bundesstaatliche Autonomie abstimmen. Es ist sicher, daß diese Abstimmung vorgenommen wird. Die Zusicherung der Provinzialautonomie durch die preußische Regierung am 14. Oktober 1919 hat die Bewegung nicht beschwichtigt. Die Agitation für bundesstaatliche Autonomie ist fortgeschritten. Sie ist durch die Russensiege zurückgedrängt worden, hat aber mit verstärkter Kraft seit August 1920, den Niederlagen der Russen und der Zusicherung der Autonomie durch Polen, eingesetzt. Im September 1920 haben die Reichsregierung und die preußische Regierung in einer gemeinsamen, durch WTB. verbreiteten Erklärung die Gewährung bundesstaatlicher Autonomie zugesagt, falls sie in einer Abstimmung von Oberschlesien verlangt würde. Die Bedingung des Abs. 2 des Art. 18 der Verfassung ist damit gegeben. Am 18. Oktober 1920 haben sämtliche politischen Parteien Oberschlesiens, mit Ausnahme der U. S. P., aber mit Einschluß des deutschnationalen Vertreters in einer Entschließung in Kattowitz die bundesstaatliche Autonomie erneut gefordert. In den Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß haben die oberschlesischen Vertreter von Zentrum, S. P. D. und D. D. V. sowie der Vertreter des deutschen Abstimmungskommissars sich für die geplante Aktion der Reichsregierung, zwei oberschlesische Vertreter der deutschnationalen Partei, gegen diese Aktion ausgesprochen.

7. Das Gesetz, welches die Reichsregierung einbringen wird, nimmt das nach Art. 18 Abs. 2 nach der Abstimmung notwendige Gesetz vorweg. Es ändert also Art. 18 ab und bedarf zu seiner Annahme einer Zweidrittelmehrheit.

Dies der Tatbestand.

Die Entscheidung hat nur zwei Fragen zu beantworten:

1. Welche Wirkung hat die Aktion der Reichsregierung auf die Stimmung der Bevölkerung in Oberschlesien? Kann die Möglichkeit eines Nutzens für den Fall der Annahme des Gesetzes, eines Schadens für den Fall der Ablehnung verneint werden?

2. Welche Wirkung wird die Aktion auf den Zusammenhalt des Reichs ausüben? Wird die Abänderung des Art. 18 der Verfassung in einem Falle das Verlangen anderer Landesteile zur Abänderung auch zu ihren Gunsten hervorrufen?

Sind beide Fragen getrennt untersucht, so ist das Ergebnis gegeneinander für den Fall abzuwägen, daß man auf der einen Seite die Möglichkeit günstiger Beeinflussung der Oberschlesier durch die Annahme des Gesetzes, schädlicher durch die Ablehnung bejaht, im anderen Fall aber zu dem Ergebnis gelangt, daß der Zusammenhang des Reichs durch die Abänderung des Art. 18 der Reichsverfassung gefährdet wird.

Carpe diem.

Eine Mahnung von **Käte Nahmlow**-Dortmund.

Die Wahlen zur Nationalversammlung standen unter dem Zeichen äußerst reger Beteiligung der Frauen. In langen, langen Polonäsen standen sie in den Großstädten, namentlich in der Reichshauptstadt, oft Stunden, um ihre Stimme abgeben zu können. „Die Frau ist durch die Revolution politisch aus ihrem Dornröschenschlaf erweckt worden!" sagten die Optimisten. „Das ist bloß der Reiz der Neuheit, Befriedigung des Sensationsbedürfnisses der Frauen!", so sagten die Pessimisten bezw. die uns politisches Interesse absprechenden Männer.

Darauf folgten die Wahlen zum ersten preußischen Landtag der deutschen Republik. Leider mußte festgestellt werden, daß die Beteiligung seitens der Frauen wesentlich schwächer war, wie ja überhaupt die allgemeine Bürgerbeteiligung leider ebenfalls sehr, sehr viel zu wünschen übrig ließ.

Noch deutlicher aber trat die Abneigung vor dem Gange zur Wahlurne, oder soll man sagen, die Schlappheit und Gleichgiltigkeit der Bürger und vor allem auch der Bürgerinnen zutage, als es galt, zu verhüten, daß Großberlin unter die sozialistische Gewaltherrschaft gerate. Was ist nicht alles seitens der Berliner Presse geschehen, wie haben sich die Frauenführerinnen durch Vorträge und Artikel abgemüht, um den Großberliner Frauen vor den Wahlen zum Stadtparlament klar zu machen, wie sehr es darauf ankomme, zu verhüten, daß „unabhängig" in Berlin Trumpf werde! Es hat nichts genützt. Das Unheil ging seinen Lauf. Heute aber fühlt man an allen politischen Ereignissen in Preußen, was für unhaltbare, schädigende Zustände entstehen müssen, wenn das Reich bürgerlich, Preußen sozialistisch regiert, somit jede Einheitlichkeit der Regierungsmaßnahmen fehlt, Preußen durchkreuzt, was das Reich zur Gesundung unserer Verhältnisse anstrebt. Heute erleben wir es, daß dank der unverantwortlich schlechten Wahlbeteiligung der bürgerlichen Elemente der Kamerad um Herrn Dr. Löwenstein, den neuen Oberschulrat in spe von Großberlin, tobt. Heute erleben wir dauernd Kraftproben der sozialistischen Machthaber in Preußen und in Großberlin.

Man schilt auf die „unglaubliche Schlappheit" der Regierung. Man weist darauf hin, daß die Berliner überall den großen Mund haben, aber immer Taten vermissen lassen, wenn's darauf ankommt, mal auf den Tisch des Hauses zu schlagen, aufzutrumpfen. Man bekrittelt scharf die jetzt zutage tretenden Wirkungen der eigenen bürgerlichen Unterlassungssünden, ohne tiefer zu gehen, die Ursachen zu diesen unerfreulichen Erscheinungen in Preußen und in der Großberliner Kommune in der eigenen politischen Schlappheit zu suchen.

Mit Recht setzen sich die Rechtsparteien mit allem Nachdruck für Neuwahlen zum preußischen Landtag ein. Das Zentrum treibt wieder mal Schaukelpolitik. Man weiß immer noch nicht, ob nun nach dem Erzbergersturz der rechte Flügel dieser Partei dauernd die Oberhand bekommen hat oder ob die Erzbergerstützen auf der linken Seite inoffiziell dennoch die Führung im Zentrum behielten. Die Demokraten, die die heutige Koalition im Reichstage nicht mehr zugunsten einer etwa wiederkehrenden Verbindung von Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie zu opfern bereit... sein sollen, treten noch nicht offiziell für Neuwahlen zum Preußischen Landtag ein. Sie hören wohl im Geiste bereits das Sterbeglöcklein ihrer Partei erklingen. Die Sozialisten aber haben noch nicht alle in Frage kommenden preußischen Ämter und Behörden mit Ruheposten für ihre Genossen versorgt. Sie haben gar keine Lust, eine Wiederholung des 6. Juni in Preußen zu erleben, sie, die es so lieben, immer zu behaupten: „Das Volk, die Massen stehen hinter uns!" Sie wissen ja nur zu gut, wo heute das Volk, das preußische Volk nach all den bitteren, schmerzlichen Erfahrungen steht! —

Dennoch werden und müssen die Neuwahlen zum Preußischen Landtag kommen. Früher oder später. Die Zustände sind unhaltbar, sie werden immer unhaltbarer. Sie drängen zur Entscheidung „auf dem Boden der Verfassung", die dieser Landtag noch nicht einmal in 1½ Jahren seines Bestehens unter Dach und Fach bringen konnte.

Im Lande herrscht Müdigkeit. Nicht unter den politisch interessierten Männern und Frauen, wohl aber unter den Massen, die noch unter dem Druck des unglaublichen Terrors stehen, den die radikalen Elemente, namentlich hier im Westen, bei den Reichstagswahlen entwickelten. Es haben sich zwar hier in aller Stille Führer aller Par-

teien gefunden, die ehrlich bestrebt zu sein scheinen, diesem Terror Halt zu gebieten, den „Ton in den politischen Versammlungen" zu verbessern, die hitzigen Pressefehden anläßlich der Wahlen zu mildern. Jeder hörte die Botschaft gern. Aber man lächelte dabei, denn jedem fehlt der Glaube, daß dieses „Ziel, aufs innigste zu wünschen", namentlich von uns Frauen, jemals erreicht werden kann, solange wir noch immer und immer unter revolutionären Zuckungen in unserem Vaterlande le den und leben müssen. Es werden besonnenere Elemente, auch unter den Radikalen, versuchen, dem Terror Einhalt zu gebieten. Die bürgerlichen Parteien werden wiederum mit den Waffen des Geistes die Gegner bekämpfen. Aber die radikalen Massen werden, wenn Zurufe, Schlagwörter die Säle durchsausen und durchzittern, wieder Wurfgeschosse aller Art auf die politischen Gegner und Gegnerinnen richten, lärmen und die bürgerlichen Versammlungen sprengen. Das ist uns, hier in den Hochburgen des Radikalismus, klar. Mit dieser Zuversicht gehen wir in den Wahlkampf.

Gerade weil es in vielen Teilen Deutschlands unter diesem Terror nicht möglich sein dürfte, in den aufklärenden Versammlungen scharf hervorzuheben, worauf es bei den Preußenwahlen ankommt, was für das Reich dabei auf dem Spiele steht, müssen nach meiner Meinung schon jetzt in Mitgliederversammlungen, in unseren Parteiorganen unablässig Versuche unternommen werden, die Frauen der D. V. P. für den Kampf mobil zu machen. Täuschen wir uns über die Tatsache nicht, daß damals, als im Juni d. J. der gewaltige Ruck nach rechts kam, unserer Partei auch viele Mitläuferinnen entstanden, die vielleicht inzwischen noch nicht genügend fest Wurzel in den nationalen, liberalen und sozialen Gedanken gefaßt haben, die wir als Fundament unserer Partei betrachten. Viele glichen jenen politischen Kindern, die damals für „den Frieden um jeden Preis" eintraten, weil sie glaubten, daß unmittelbar nach Friedensschluß Milch und Honig wieder in Deutschland fließen werde. Sie glaubten, daß, wenn die D. V. P. in die Regierungspartei eintrete, unmittelbar darauf sofort der Rechtskurs überall offiziell in die Erscheinung treten müsse. Wir dürfen uns ganz ehrlich klarmachen, daß es heute auch in unserer Partei unzufriedene Elemente gibt, die dringend der Aufklärung bedürfen, damit die Preußenwahlen der D. V. P. die Möglichkeit bieten, auch hier ihren Einfluß gegen Demokratie und Sozialismus in die Wagschale zu werfen. Wir, die wir zu denen gehören, die fest glauben an den ehrlichsten Willen, das Können und Vermögen unserer volksparteilichen Führer und Führerinnen, wir wissen, daß unsere politischen Blütenträume nicht so schnell reifen können, daß gerade hier „gut Ding Weile haben will". Wir, die wir inmitten der politischen Arbeit stehen, wir wissen alle die kleinen Zeichen zu deuten, die darauf hinweisen, daß der Eintritt unserer Männer in die Regierung einen Fortschritt bedeutet, daß ihr Austritt aus dieser Regierung für das Vaterland, das Bürgertum verhängnisvoll wäre. Wir sehen alle die Steine und Steinchen des Anstoßes auf dem Wege unserer Regierungsmänner, und wissen, daß sie einen dornenvollen, mühseligen Weg zu gehen haben, daß sie das Ziel nicht aus dem Auge verloren. Wir glauben an unsere D. V. P. und ihre Zukunft fest und unerschütterlich. Wir billigen es von ganzem Herzen, daß unsere führenden Männer und Frauen, getreu der ausgegebenen Parole, nur das Vaterland bei allen Maßnahmen, nicht das Schicksal oder das Anwachsen der Partei im Auge haben.

In den letzten Wochen vor den Wahlen wird in der Regel fieberhaft gearbeitet. Vorträge, Artikel, Flugblätter jagen einander. Die Frauen werden nicht nur von uns mit Aufklärungsversuchen überschüttet. Man arbeitet mit allen Mitteln der Verleumdung gegen uns. Das unerschöpfliche Arsenal der politischen Schlagwörter tut sich dann wiederum auf. Darum müssen wir nach meiner Meinung, mögen die Wahlen nun am 26. November d. J. erfolgen oder etwas später, uns jetzt schon rühren und werben um die Herzen und Seelen der Frauen, die laut Mitgliederliste zwar zu uns gehören, aber noch nicht genügend fest in unserem Programm „verankert" sind. Wir müssen neue Anhängerinnen dazu gewinnen. Wir müssen schon jetzt uns in allen Wahlkreisen rühren und Sorge tragen, daß die Frauenkandidaturen diesmal bessere Berücksichtigung finden als zu den Reichstagswahlen. Die tüchtigen Frauen, die wir in den neuen preußischen Landtag senden wollen, müssen diesmal an aussichtsreicher, nein, an sicherer Stelle stehen. Man ist uns eine Genugtuung dafür schuldig, daß wir Frauen bei den Wahlen zum ersten deutschen Reichstag der Republik aus vaterländischen Gründen die Frau hier und da hinter den Mann zurückstellten, weil man uns klar machte, daß dieser neue Reichstag vor allem „Köpfe" brauche, daß 90 Prozent aller Fragen wirtschaftlicher Natur seien, die nur von den Männern der Praxis, den Fachleuten, den Gelehrten gelöst werden können.

Wir haben nun den neuen Reichstag, wir haben den Reichswirtschaftsrat, somit eine Aktionsbasis für die Wirtschaftspolitiker. Im neuen Preußenhaus werden aber Fragen aller Art zu lösen sein, an denen wir preußischen Frauen das allergrößte Interesse haben. Hier können wir hervorragende „weibliche Köpfe" stellen. Die Frauen, die wir aufstellen, denen wir das Vertrauen schenken, unsere Interessen im neuen kommenden Landtag zu vertreten, müssen bald aufgestellt, ihr Platz muß auf der Kandidatenliste gesichert werden, damit sie jetzt, nicht erst in den letzten 3—4 Wochen im Land herumreisen und unseren politischen Acker bestellen.

Pessimismus darf nicht aufkommen. Es gibt Leute, die sagen, daß der volksparteiliche Weizen bei den diesmaligen Wahlen nicht so blühen werde wie am 6. Juni. Dieser Pessimismus darf nicht aufkommen unter uns Frauen. Vom glühenden Optimismus wollen wir uns tragen lassen im Kampfe für unsere Partei, der für uns der Kampf für unser geliebtes Preußen ist. Nur wer sich ganz stark fühlt in dem festen, unerschütterlichen Glauben an das Gute, das er vertritt, kann tapfer, erfolgreich arbeiten. Zweiflerinnen, Nörglerinnen, matte Frauenherzen, die sich nicht mehr in dieser Begeisterung wie am 6. Juni und den Kampfwochen vorher aufraffen können, sollen lieber der Arbeit draußen fernbleiben. Sie sind nicht imstande, die zweifelnde Masse emporzureißen auf den einzigen Weg, der aus diesem politischen Elend in Preußen herausführt.

Die volksparteilichen Frauen im Reiche müssen mehr Gelegenheit haben, persönlich zusammenzukommen. Die Arbeitsgemeinschaften der Wahlkreise müssen Frauenausschüsse gründen, wo sie noch nicht bestehen, damit wir Gelegenheit haben, Erfahrungen untereinander auszutauschen, einander dadurch Anregungen für die Arbeit zu geben, Mißstände zu beseitigen, uns geistig und seelisch le in der Arbeit zu stützen, vor allem unsere Rednerinnen auszutauschen. Der einzelnen Frau, die rednerisch hervortritt, wird zu viel zugemutet. Die Menschen wollen auch neue Rednerinnen hören. Im Wahlkampf selbst ist nachher alles vergeben. Es gelingt schwer, die rednerisch tätigen Frauen zu veranlassen, in andere Bezirke des Reiches zu kommen. Darum rufe ich allen zu, die noch echtliche Kampfesbegeisterung für unsere Partei in sich fühlen, das Wort zu: Carpe diem! Es kommt ja doch immer anders als man denkt. Vielleicht bringen ungeahnte politische Verwicklungen uns die Landtagswahlen früher. Laßt uns zeitig für den Kampf gerüstet sein! Es steht Großes auf dem Spiele, es handelt sich um unser altes, liebes Preußen!

Was geht in der Demokratischen Partei vor?

Die Siegener Zeitung vom 26. Oktober bringt: „Die sensationelle Meldung" aus Hagen, daß nach Berliner Informationen der mehrheitssozialistischen Neuen Freien Presse, die Demokratische Partei vor einer schweren Krise steht, die den ganzen Fortbestand der Partei ernstlich in Frage stellt. Sie teilt weiter mit, daß in Berlin in der vorigen Woche Verhandlungen der führenden Persönlichkeiten der Deutsch-demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei stattgefunden haben, die eine unverbindliche Fühlungnahme zur Fusion der beiden Parteien zum Ziel hatten. Über das Ergebnis ist zurzeit mit Sicherheit noch nichts bekannt, jedoch nimmt man an, daß in wesentlichen Punkten ein Einverständnis erreicht worden sei."

Dieser Meldung können wir noch eine zweite der Frankfurter Zeitung vom 24. Oktober hinzufügen, die sich mit dem Landesparteitag der bayrischen Demokraten befaßt. Auf dem Parteitag verlas der Versammlungsleiter Dr. Dirr ein Telegramm, in dem der Erlanger Universitätsprofessor Lent seinen Austritt aus der Partei bekanntgibt. Der „Fränkische Kurier", der auf dem äußersten rechten Flügel der Partei steht, bedauert diesen Austritt und erklärt, daß die Schuld die Stellen der Demokratischen Partei träfen, deren Verhalten in politischen Fragen Herrn Professor Lents weiteres Verbleiben in der Demokratischen Partei nicht mehr ermögliche. Der Kurier schließt mit den Worten: „Heute bleibt uns nur übrig, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die Zeit nicht fern sein möge, in der die Demokratische Partei und Professor Lent sich in einer größeren deutschen und freiheitlichen Partei wieder zusammenfinden, für die eine breite Basis zu schaffen, wie bisher so auch in Zukunft das eifrigste Bemühen des „Fränkischen Kuriers" sein wird" Der demokratische Nürnberger Anzeiger bringt weiteres Licht in diese Sache durch folgende Mitteilung: „Herr Professor Lent habe durch diesen seinen Schritt einen Irrtum wieder gut gemacht, der ihm, dem Monarchisten durch seinen Eintritt in die republikanische Deutsche Demokratische Partei unterlaufen war, und er hat dadurch erneut bewiesen, daß er ein aufrechter gerader Charakter ist. Aus Berlin wird gemeldet, daß ein führender Deutschdemokrat, Justizrat Dr. Marwitz, zur Deutschen Volkspartei übergetreten ist.

Diese Meldungen der letzten Woche zeigen der Öffentlichkeit, was den eingeweihten politischen Kreisen längst bekannt war, daß sich die Deutschdemokratische Partei in voller Auflösung befindet. Zu der Meldung der Siegener Zeitung aus Hagen können wir mitteilen, daß daran richtig ist, daß Verhandlungen zwischen den beiden Parteien geführt worden sind, daß aber von einer Vereinigung beider Parteien keine Rede sein kann. Wir sind wohl bereit, die deutschdemokratischen Wähler und Mitglieder in unseren Reihen aufzunehmen; die Führer aber nur insoweit, als dadurch die Politik der Deutschen Volkspartei nicht gefährdet wird. Ablehnen aber müssen wir ganz entschieden diejenigen Führer, die politisch der „Frankfurter Zeitung" und dem „Berliner Tageblatt" nahestehen.

Soviel für heute! N.

Die römische Mission des Fürsten Bülow.

Zu den noch wenig aufgehellten Kapiteln unserer Kriegspolitik gehört die römische Mission des Fürsten Bülow, die bekanntlich ergebnislos blieb und Italiens Eintritt in den Krieg nicht hinderte. Die Frage nach der Ursache dieses Verlaufs kann von vornherein nicht auf die Person des Fürsten Bülow gerichtet sein. Denn es ist von selbst klar, daß die Fähigkeiten dieses unseres besten Staatsmannes der nachbismarckischen Zeit an sich einen Erfolg versprochen hätten. Der Mißerfolg muß also in Begleitumständen zu suchen sein, die der Mission des Fürsten Bülow Hemmnisse in den Weg legten und die nach der ganzen Lage der Dinge irgendwie

mit unseren damaligen politischen und diplomatischen Schwächen zusammenhängen müssen. Dr. W. Spickernagel ist dieser Frage nachgegangen und hat durch einen Artikel in den „Hamburger Nachrichten" vom 31. August d. Js. eine Erörterung in Gang gebracht, die inzwischen bis zu einer einwandfreien Klärung gediehen ist. In einem Artikel in den „Hamburger Nachrichten" vom 13. Oktober d. J. hat Dr. Spickernagel das Fazit der bisherigen Auseinandersetzungen gezogen. Soviel uns bekannt ist, bereitet er eine Biographie des Fürsten Bülow vor und kann dabei die besten Quellen auch persönlicher Art verwerten. Sein Material ist also zuverlässig und hat diese Eigenschaft auch gegen Anfechtungen von anderer Seite bewährt.

Aus den bisherigen Erörterungen der Frage geht hervor, daß Fürst Bülow in einer Zeit nach Rom gesandt wurde, als es zur Anbahnung der Verständigung schon zu spät war. Diese Verzögerung ging auf kleinliche und persönliche Widerstände zurück, die damals sowohl im Auswärtigen Amt in Berlin wie von Wien aus einsetzten. Dr. Spickernagel stellt diese Tatsache in seinem Artikel in einer Polemik gegen den Botschafter a. D. Wedel vollkommen überzeugend fest. Er hält auch gegen die Bestreitung von derselben Seite die Behauptung aufrecht, daß, als Fürst Bülow in Rom weilte, die diplomatischen Intrigen sowohl vom Auswärtigen Amt in Berlin wie von Wien aus gegen die Trentinopolitik des Fürsten Bülow fortgesetzt wurden. Letzten Endes ist diese Minierarbeit ein schlagender Beweis dafür, daß die politische Leitung in Berlin sich gegen Wien ebenso wenig durchzusetzen vermochte wie gegen eigenmächtige Sonderbestrebungen des deutschen Auswärtigen Amtes. Diese Erscheinung tritt durch alle Beweise, die Dr. Spickernagel vorbringt, sehr klar zutage. Am allerwenigsten gelingt es dem Grafen Wedel, das Gegenteil dadurch zu beweisen, daß er den damaligen Reichskanzler von Bethmann als eine Natur hinstellt, die viel zu offen und zu gerade gewesen sei, um Schleichwege zu gehen. Dieses Argument wirkt nicht überzeugend. Als bisheriges Ergebnis der ganzen Polemik kann man feststellen, daß die deutsche Kriegspolitik der Ära Bethmann und das Verhalten der damaligen Wiener Regierung eine weitere starke Belastung erfahren, während die Persönlichkeit des Fürsten Bülow in jeder Beziehung dabei gewinnt.

Eine Lektion für das „Berliner Tageblatt".

Das „Berliner Tageblatt" hat seinerzeit den Wegweiser für die neu gegründete Demokratische Partei aufgestellt, der den Arm nach links richtet und den Demokraten das Ziel wies, „ein gutes Stück Weg" mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen. Diese Weggenossenschaft hat nicht nur den Demokraten, sondern auch dem „Berliner Tageblatt" selbst manche bitteren Erfahrungen eingebracht. Die letztere bittere Lehre hängt mit dem Streik der Berliner Zeitungsangestellten zusammen. In der ersten Nummer, die nach achttägiger Pause wieder erschienen ist (Nr. 472 vom Freitag, dem 15. Oktober) klagt das „Berliner Tageblatt", wie es ihm gegangen ist. Die Begönnerung aller sozialistischen Exzesse, die im „Berl. Tagebl." sonst Brauch ist, hat sich diesmal in eine Strafpredigt umgewandelt, weil das demokratische Blatt selbst leidendes Objekt gewesen ist. Wo kommen wir hin, so fragt das Blatt, wenn durch den Begriff der indirekten Streikarbeit die Arbeitseinstellung nicht bis ins siebente, sondern bis ins siebenzigste Glied weitergeleitet wird. Dieser Begriff hat es nämlich zuwege gebracht, daß einen schönen Tages auch der Betrieb des „Berliner Tageblatts" völlig stockte, weil nicht nur die Arbeitskräfte, sondern auch der Kontorbleistift und das Autobenzin vom Bannstrahl der indirekten Streikarbeit getroffen wurden. Nachdem diese Blüte des heutigen Streikrechtes dem demokratischen Organ durch das eigene Personal ad oculos demonstriert worden ist, wendet sich das Blatt sehr energisch und sehr erzürnt gegen „das radikale Schlagwort" und verbittet sich den Titel „Scharfmacher" für diejenigen Arbeitgeber, die unter den geschilderten Umständen ihren Betrieb geschlossen haben.

Diese Polemik führt das „Berliner Tageblatt" gegen den „Vorwärts", der, wie es feststellen muß, die Konjunktur sehr geschäftsklug durch Abonnementseinladungen ausgenutzt hat und der als Sprachrohr der „indirekten" Streiker gegen die bürgerl. Zeitungen wetterte, obgleich er sowohl wie die „Freiheit" während des Heizerstreiks im Moabiter Kraftwerk ihre gesamte Auflage im Druckereibetriebe des „Berliner Tageblatt" hatten herstellen lassen. Einen Liebesdienst dann hinterher so schlimm vergolten zu sehen, ist allerdings sehr betrüblich. Wird aber das „Berliner Tageblatt" jetzt kuriert sein?

Zwischen den Demokraten und den Sozialdemokraten ist nicht mehr alles so, wie es einst war. Bezeichnend dafür ist wohl, daß der „Vorwärts" in seiner Morgenausgabe vom Freitag, den 15. Oktober (Nr. 510) der „Demokratischen Partei-Korrespondenz" zu verstehen gibt, daß sie auf dem Entwickelungsgang vom Menschen zum Affen noch nicht sehr weit gekommen sei. Das „Berliner Tageblatt" aber veröffentlicht an demselben Tage in seiner „Ull"-Beilage auf der Titelseite eine bildliche Verhöhnung des Abgeordneten Schiffer, weil der demokratische Führer erklärt hat, zur Not müsse man auch ohne Mehrheitssozialisten regieren und in diesem Falle „die Hilfe nehmen, woher sie komme". Das „Berliner Tageblatt" kann also seine liebevolle Zuneigung zu den Sozialdemokraten auch jetzt noch nicht verleugnen. Es wird sogar durch den Schaden am eigenen Leibe nicht klug.

Politische Geschäftemacherei Amerikas in Deutschland.

Aus Amerika kommt echt amerikanische Kunde, wie man dort angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahl politische Geschäfte in Deutschland zu machen versucht. Bekanntlich treten die amerikanischen Demokraten für den Versailler Vertrag und den Völkerbund ein, während die Republikaner beide Verträge nicht anerkennen wollen. Der Präsidentschaftskandidat der Demokraten ist Herr Cox. Nun soll nach Zeitungsnachrichten die Demokratische Partei einen Abgeordneten nach Berlin geschickt haben, der in Deutschland amtliche und andere Kreise bearbeiten soll, um aus deutschen Händen Material für die amerikanische Präsidentschaftswahl zu beschaffen. Dieser Abgeordnete soll ein gewisser Herr Filene aus Boston sein. Wie dieser Herr seine Aufgabe auffaßt, verrät der Berliner Vertreter der Chicago Tribune seinem Blatte. Danach würden es die amerikanischen Demokraten ihren politischen Gegnern gegenüber als höchsten Triumph ausspielen können, wenn es Herrn Filene gelänge, Deutschland zu veranlassen, noch vor der im Anfang November stattfindenden Präsidentschaftswahl einen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund zu stellen. Man erkennt aus diesem unsauberen politischen Manöver die Absicht, den Wilson feindlichen Republikanern den Wind aus den Segeln zu nehmen dadurch, daß Deutschland sich von neuem dem Diktat von Versailles freiwillig unterwürfe. Die Tagung der Friedensgesellschaft in Braunschweig hat ja gezeigt, wo Herr Filene in Deutschland Anhänger und Freunde zu finden vermöchte. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit aber muß es sich auf das entschiedenste verbitten, zum Schauplatz amerikanischer parteipolitischer Intrigen gemacht zu werden und sich unter Umständen in eine Falle hineinmanövrieren zu lassen, die ihm die bedenklichsten Fesseln wirtschaftlicher und politischer Art anlegen können. Zudem heißt es, daß die Deutsch-Amerikaner durch keine Erklärung ihrer Stammesgenossen in Deutschland, von wem sie auch käme und wie sie auch aussähe, sich in ihrem Kampf gegen Wilson beeinflussen lassen würden. Pflicht des deutschen Volkes ist es daher, unseren Brüdern in Amerika nicht in die Arme zu fallen, ein wachsames Auge auf die amerikanischen Agenten zu haben und diesen bei dem leisesten Annäherungsversuch energisch die Türe zu weisen.

Rede des Herrn Pfr. Schmidt-Siegen am Grabe des Herrn Dr.-Ing. e. h. Macco.

Trauernde Versammlung! Laßt mich über die ernste Feier dieser Stunde das alte Schriftwort setzen, das einst ein zum Sterben Bereiter seinem Sohne gesagt hat: „Ich gehe dahin den Weg aller Welt. So sei getrost und sei ein Mann! 1. Könige 2, 2.

Ich höre aus diesem Worte ein Doppeltes heraus, eine leise Klage, eine stille Wehmut und zugleich eine gelassene tapfere Kraft. Und mir will es scheinen, als zieme uns dies doppelte Gefühl auch an diesem Sarge: Stille Wehmut und getroste Kraft.

„Ich gehe dahin den Weg aller Welt." Das ist das alte, dunkle Menschenschicksal, das das Ende aller unserer Wege, soweit sie uns auf das bewegte Meer des Lebens hinausgeführt haben mögen, dies ist: „Ich gehe dahin." Das ist die wehmütige Erkenntnis, die uns immer umfängt, so oft wir auf diesen alten Friedhof geführt werden, auf dem nun schon so manches Geschlecht Siegener Bürger seine letzte Ruhestätte gefunden hat. Das ist eine unerbittliche Tatsache, deren wir besonders schmerzlich inne werden, wenn wir an den Sarg eines Mannes treten, den wir lieb hatten als Vater, der uns nahe stand als Freund, mit dem darum ein Stück unserer eigenen Jugend und unseres eigenen Lebens ins Grab sinkt, mit dem uns eine Fülle von Erinnerungen an gemeinsam Erfahrenes und Erarbeitetes verband, an den Sarg eines Mannes, dessen Wirken ins Weite und Große ging, dessen Schaffen nicht nur für den engen Kreis, sondern für unsere ganze Stadt und unser ganzes Land von Bedeutung war, der unermüdlich tätig blieb bis ins höchste Alter hinein, und von dem auch in seinem 8. Jahrzehnt noch das schöne Wort galt: „Seine Augen waren nicht dunkel geworden, und seine Kraft war nicht verfallen." (5. Mose 34, 7).

Wenn dann über all dem, was den Inhalt eines solchen Lebens ausgemacht hat, auch das bittere Wort steht: „Gewesen", wenn uns dann eines solchen Toten stummer Mund sagt: „Nun ist auch mit mir alles zu Ende, nun muß ich von meinen Arbeiten und Plänen lassen, nun muß ich mein Werk anderen Händen anvertrauen, nun schlägt mein Herz, das gejauchzt und geblutet hat wie jedes Menschenherz, nicht mehr, nun habe ich die letzte Fahrt angetreten und bin heimgekehrt aus der Fremde in das Land meiner Väter, zu den Bergen meiner Heimat, an der meine Seele hing, in der ich wurzelte mit meinem Wesen und meiner Kraft, — aber meine Augen sehen sie nicht mehr, nur bergen kann sie mich noch in ihrem Schoß. — dann umfängt uns der ganze wehmütige Ernst des Wortes: „Ich gehe dahin den Weg aller Welt." Aber wiederum soll es auch gelten: „Sei getrost und sei ein Mann." Es ziemt uns trotz allem nicht laute Klage, sondern gehaltene Kraft. Denn ein männliches, aufrechtes Leben ist zu Ende gegangen, ein Leben, dem alles Menschliche in einem Ausmaße zu durchleben beschieden war, wie es nur wenigen vergönnt ist, das viel Freude und Erfolg sehen durfte, und auch Enttäuschungen und herbe Schmerzen nicht erspart blieben, ein Leben, dessen Ausklang nach aller rechtschaffenen Mühe und tatkräftigen Arbeit schnell und schmerzlos war, das wir darum rückblickend gerade in seinem Wechsel von Freude und Leid ein schönes und reiches Leben nennen wollen, so wie im Wechsel von Stille und Sturm, von Sommer und Winter, von Sonnenschein und Regen die reiche Schönheit der Gotteswelt um uns her liegt, ein Leben, an dessen Ende wir dankbar bekennen wollen: „Ihr sollt wissen von ganzem Herzen und von ganzer Seele, daß nicht ein Wort gefehlt hat an alle dem Guten, das der Herr, euer Gott, euch verheißen hat; es ist alles kommen und keins ausblieben (Josua 23, 14).

Ein reiches Leben! Ich darf, auch wenn ich dem Lebens- und Berufskreise des Entschlafenen ferner gestanden habe, auf Einzelnes hinweisen. Er entstammte einer alten angesehenen Familie unserer Stadt, die in ihm schon in der dritten Generation hier ansässig war. Es durchlebte hier in nun längst vergangenen Tagen die Jugend voll kindlicher Fröhlichkeit, der aber zugleich das schwere Los beschieden war, daß sie mutterlos war. Er hat seine Mutter nie gekannt; der Tod hatte sie abgerufen, kurz nachdem sie ihm das Leben geschenkt hatte. So wuchs er unter der Führung seines Vaters auf, der ein Mann voll Tatkraft und Bedeutung, aber auch voll herben Ernstes war. Es mag für seine Entwicklung bedeutsamer geworden sein, als er selbst gewußt und empfunden hat, daß die Sonne weicher, warmer Mütterlichkeit nicht über seiner Jugend geleuchtet hat. Und noch eines andern Schatten möchte ich gleich hier gedenken, der sehr viel später auf sein Leben fiel. Wir wissen, wie vor einigen Jahren der Tod ihm seine Lebensgefährtin nach langem, überaus traurigem Siechtum genommen hat. Wer will sagen, was solch schmerzliches Schicksal, wie es ihr und ihm damals beschieden war, im Leben eines Mannes bedeutet, und wie vieles er in einsamen, bitteren Stunden hat durchkämpfen müssen, und wie auch dies

Erleben dazu beigetragen hat, die herben Seiten seines Wesens zu vertiefen. Um so mehr war immer die Arbeit sein Trost. Sie hat sein ganzes Leben erfüllt. Er ist nicht im Überfluß aufgewachsen, sondern war, als er ins Leben hinaustrat, auf die eigene Kraft gestellt. Und er wußte sie zu nutzen. Er war und blieb immer ein Freund fröhlicher Geselligkeit. Die Erinnerung an den Kreis seiner studentischen Freunde war ihm sein Leben lang wertvoll und lieb. Aber er verlor auch nie das Ziel seines Strebens aus dem Auge. Er sah fremde Länder und lernte fremde Art kennen. Er erprobte sein jugendliches Können hier und dort, bis er in der Vaterstadt den Tätigkeitskreis fand, in dem er dann durch Jahrzehnte hindurch Bedeutsames schaffen durfte. Was er da im einzelnen geleistet hat, wie er mit weitschauender Klugheit und entschlossener Tatkraft das wirtschaftliche Leben des Siegerlandes gefördert hat, wie er unermüdlich tätig war, um der heimischen Industrie ihren Anteil zu erringen an dem wunderbaren Aufschwung des werktätigen Lebens in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts, wie er alle Kraft eingesetzt hat, um Wege zu suchen und zu bahnen, ihr auch in schwierigen Verhältnissen die Lebensmöglichkeiten zu erhalten und zu erweitern, das brauche ich im Kreise seiner Freunde und Mitarbeiter nicht zu schildern. Mag es dabei auch manchmal nicht ohne Reibungen und Kämpfe abgegangen sein, er durfte doch auch großes Gelingen sehen und Dank ernten und das hohe Bewußtsein haben, daß sein Name mit dem Blühen und Gedeihen der Siegerländer Industrie und des Siegerländer Bergbaues dauernd verknüpft bleiben würde.

Je mehr er sich durchsetzte und Anerkennung errang, um so mehr weitete sich sein Arbeitsfeld. Das Vertrauen seiner Mitbürger berief ihn in die Stadtverordnetenversammlung Siegens, in der er länger als ein Menschenalter am Aufblühen unserer Stadt lebendigen, tätigen Anteil nahm. Er wurde ein angesehenes Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und in ihm in den wichtigen Fragen des Verkehrslebens eine führende Persönlichkeit. Wie er in dieser Stellung und durch die weiteren Beziehungen, die er allmählich gewann, wieder im besonderen die Verkehrsinteressen unserer Heimat gefördert hat, das ist — wir wissen es alle — nicht das geringste Stück seines Lebenswerkes gewesen, für das seine Heimat ihm Dank schuldig ist über das Grab hinaus.

Jetzt sind schon Jahre vergangen, seit er aus seiner unmittelbaren beruflichen Tätigkeit geschieden ist. Aber der Rücktritt bedeutete für ihn nicht Eintritt in den Ruhestand. Er blieb der unermüdlich tätige Mann bis in das höchste Alter hinein, ja in gewissem Sinne stieg nun erst sein Wirken und Schaffen auf seinen Höhepunkt in freier, nicht von unmittelbaren dienstlichen Pflichten gehemmter Entfaltung seiner Kraft und seiner Neigungen. Vielleicht mag man es beklagen, daß die Zeit des völlig freien, großzügigen Schaffens erst so spät kam, aber wiederum ist es auch ein seltenes, nur Wenigen beschiedenes Glück, daß er bis in die letzten Jahre, ja Tage seines Lebens hinein in einem großen, wachsenden Pflichtenkreis stehen und eine reiche Lebensernte einbringen durfte, daß er an maßgebenden Stellen bis zuletzt für die Selbständigkeit der heimischen Industrie kämpfen und siegreich kämpfen durfte.

Aber es würde ein bedeutsamer Zug in seinem Leben fehlen, wenn wir nicht auch davon reden wollten, daß sein Herz nicht nur an der engeren Heimat, sondern am ganzen Vaterlande hing, daß er ein rechter deutscher Mann war. Die schwarz-weiß-roten Farben umschlingen nicht umsonst den Eichenkranz an seinem Sarg. Fast sieben Jahrzehnte deutscher Geschichte hat er mit wacher Seele und heißer Teilnahme erlebt. In seine Jugend klang noch ein letzter Widerhall der deutschen Revolution des vorigen Jahrhunderts hinein. Als die Heldenzeit der für immer unvergeßlichen Kämpfe um die deutsche Einheit und Macht begann, stand er schon in den Jahren vollbewußter Manneskraft. Von jenen denkwürdigen Zeiten her ist er ein Gefolgsmann des großen Kanzlers geblieben von unerschütterlicher Treue. In seinem Sinne, von seinen Gedanken erfüllt, nahm er am politischen Leben tätigen Anteil, wurde er — wir sahen es — einer der vielen tüchtigen und tatkräftigen Männer, die in bedeutsamer Stellung Mitarbeiter und Förderer des weltweiten Aufstiegs deutschen Geistes und deutscher Kraft waren. Und dann mußte er am Abend seines Lebens das alles wieder zusammenbrechen sehen. Wieviel Größe und wieviel Tragik deutscher Geschichte hat er in den langen Jahren seines Lebens gesehen! Uns Jüngeren vor allem bewegt es immer wieder das Herz, wenn wir an der Bahre eines Mannes stehen, der des Steigens und Sinkens deutscher Macht lebendiger Zeuge war. Es ist etwas wie Ehrfurcht in uns, wenn wir an das Große und Erschütternde denken, das über eines solchen Menschen Herz dahingegangen ist, und wir trauern um jeden solchen Mann, der von uns geht. Aber wir denken auch daran, wie im Zusammenbruch, den wir erlebten, des Entschlafenen Kraft nicht zerbrach, wie er als des tiefgebeugten Vaterlandes ungebeugter Sohn trotz seines hohen Alters weiter arbeitete und sich ratend und Wege weisend neuem Aufbau zur Verfügung stellte, auch darin uns ein Beispiel gebend und uns mahnend: „Sei getrost und sei ein Mann!“ Mag in der neuen Zeit vieles anders werden müssen, als es bisher war, jede Zeit wird Männer brauchen, wie er einer war.

Denn das dürfen wir zusammenfassend von dem Entschlafenen sagen: Er war ein Mann. Er war ein unermüdlicher Arbeiter, er besaß eine rastlose Energie, eine bedeutsame geistige Kraft, einen starken, vorwärts drängenden Willen. Er war, wie oft Menschen, die über eine starke Kraft verfügen und klare Ziele mit festem Wollen verfolgen, nicht immer ein bequemer Mitarbeiter, er besaß nicht die Kunst liebenswürdiger Vermittlung und Überredung, er war nicht ohne Schroffheit und Härten. Es hat ihm darum an Kampf und Gegnerschaft nicht gefehlt. Aber das werden ihm auch seine Gegner bezeugen: Er war immer offen und gerade. Verschlagenheit und Hinterhältigkeit lagen ihm fern. Es wußte jeder, woran er mit ihm war. Und es ging ihm stets um die Sache. Er hat — das empfinden wir besonders heute dankbar — niemals seine Stellung dazu benutzt, um persönliche Vorteile zu erringen, er hatte immer die Interessen der Gesamtheit und besonders des Siegerlandes im Auge, er hat immer große, in die Zukunft weisende Ziele verfolgt. Darum bewahren ihm auch die Gegner seiner Gedanken und Anschauungen ein ehrendes und dankbares Gedächtnis. In einem alten deutschen Schöffenspruch heißt es unter anderm:

„Ich will des Landes Bestes raten
Und des nicht lassen um Weib noch um Kind ....
Noch um keinerlei Gift oder Gabe, noch um Neid noch um Habe,
Noch um Not, noch um Furcht vor dem Tod.“

Dies männliche Wort kennzeichnet auch seine Art. Auch über seinem Leben leuchtet die Losung: „Des Landes Bestes!“ Das dankt ihm die Heimat in allen Ständen und Parteien.

Und nun kehren unsere Gedanken zu unserem Ausgangspunkt zurück: „Ich gehe dahin den Weg aller Welt.“ So vielseitig und reich das Leben war, nun ist es doch zu Ende. Der Tod hat auch diese starke Kraft besiegt. Gewiß, das kann schließlich nicht anders sein. Das ist Menschenlos. Aber ein Menschenlos, das uns immer wieder Not macht. Denn im Angesichte des Todes empfinden wir es schwer und schmerzlich, wie schließlich alles auf dieser Erde Stückwerk ist und bleibt, Stückwerk des Menschen Glück, Stückwerk sein Erfolg, Stückwerk seine Arbeit, die er an irgend einem Punkt vollendet liegen lassen muß. Stückwerk auch sein Wesen und seine Art, Stückwerk auch alles Gute und Große des Lebens, einfach, weil es nicht bleibt, sondern vergehen muß, wie alles, was diese Erde trägt. Darum sind wir dankbar, daß wir dem Tode zum Trotz mit dem Apostelwort sagen und glauben dürfen: „Wenn aber kommen wird das Vollkommene, so wird das Stückwerk aufhören.“ (1. Kor. 13, 10.) Für den Entschlafenen ist nun das Vollkommene erschienen, das kein Auge je gesehen hat, dessen wir aber gewiß sind, weil wir der Liebe Gottes gewiß sind.

Wir aber werden im Blick auf dieses und unser Leben dankbaren Herzens inne, wie groß das ist, daß wir Christen in zuversichtlicher Hoffnung hinausschauen dürfen auf eine vollkommene Welt. Nach einer solchen sehnen wir uns alle im tiefsten Grunde, denn wir alle wissen auch im reichsten und schönsten Leben etwas von dem Seufzen aller Kreatur unter dem Stückwerk dieser Welt. Gott aber lasse diese heilige Sehnsucht nach Vollendung in unseren Herzen nicht sterben und helfe uns, aus ihr die Kraft zu schöpfen, die durch alles Fehlen und Irren und durch alle Nöte und Schmerzen des Lebens und zumal unserer Zeit hindurchschreitet im Sinne jenes alten Frommen, der uns mahnt: „Sei getrost und sei ein Mann!“ Amen.

Aus Welt und Zeit.

Die Dortmunder Handelskammer zur Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die Handelskammer hat in ihrer Vollsitzung vom 8. Oktober die Vorschläge der Sozialisierungskommission zu der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues geprüft und ist nach eingehender Erörterung zu folgendem Ergebnis gekommen:

Erhöhung und Verbilligung der Kohlenförderung sind die Erfordernisse des Tages; ohne sie ist ein Wiederaufbau unserer zerrütteten Wirtschaft die so dringend notwendige Verbesserung und Verbilligung unserer Lebenshaltung unmöglich.

Nur solchen Änderungen unserer Kohlenwirtschaft darf daher zugestimmt werden, die diese Erfordernisse einwandfrei erfüllen.

Beide Vorschläge der Sozialisierungskommission erfüllen sie nach unserer gewissenhaften Überzeugung nicht.

Die Sozialisierungskommission verurteilt zwar den staatlichen Bergbau in Grund und Boden und erkennt seine Unterlegenheit gegenüber dem privaten Bergbau rückhaltlos an. Ihre Vorschläge führen aber tatsächlich zu allen Nachteilen des verstaatlichten Bergbaues, und zwar in erhöhtem Maße, unter Ausschaltung seines einzigen Vorteils, der Pflichttreue des altpreußischen Beamten. Die Sozialisierungskommission würdigt durchaus die Bedeutung der Initiative und Verantwortungsfreudigkeit des Unternehmens und seiner leitenden Beamten. Die Vorschläge schalten aber die Unternehmer — Vorschlag Lederer sofort, Vorschlag Rathenau in absehbarer Zeit — aus und lähmen die Initiative der Betriebsleiter vollständig.

Bürokratisierung, Schematisierung, Hemmung jeden Fortschritts auf bergtechnisch maschinellem und kohlenchemischen Gebiet, in ihrem Gefolge Verringerung der Förderung, Verteuerung der Selbstkosten — und Kohlenpreise, Verschlechterung der Lebenshaltung unseres Volkes, Verkümmerung unseres Wirtschaftslebens und letzten Endes sein Ruin werden die unausbleiblichen Folgen sein.

Lehnen wir somit die Vorschläge der Sozialisierungskommission ab, so verlangen wir eine gründliche Prüfung in den sachverständigen Körperschaften — Reichskohlenrat und Reichswirtschaftsrat —, ob es Wege gibt, die eine Hebung und Verbilligung der Kohlenförderung einwandfrei verbürgen.

Werden sie gefunden, so müssen sie verfolgt werden. Werden sie nicht gefunden, so muß die Frage von der Tagesordnung verschwinden, ohne Rücksicht auf politische Erwägungen und Forderungen. Zum Experimentieren ist die Lage zu ernst, nur sachliche und wirtschaftliche Gesichtspunkte dürfen maßgebend sein.

*

Der Sozialistenführer Haenisch als „Annexionist“

Die „Annexionisten“ und „Kriegsverlängerer“ sind nach der heutigen Darstellung der Sozialdemokraten und Demokraten an dem Unglück Deutschlands schuld. Wenn das wahr ist, befinden sich unter den Führern der Linksparteien eine recht erhebliche Anzahl der Schuldigen, denn gar mancher von ihnen ist gar seinerzeit für Annexionen eingetreten. Heute freilich möchten sie davon nichts mehr hören. So sucht der sozialdemokratische Kultusminister Haenisch in einer neuen Schrift „Vom staatlichen Machtgedanken zum nationalen Kulturbewußtsein“ um seinen früheren Standpunkt herumzureden, indem er schreibt: „Ich leugne es gar nicht, daß auch für mich der Gedanke außerordentlich viel Packendes und Verlockendes gehabt hat, Deutschland werde zwar nicht an Gebiet vergrößert (den landläufigen Annexionismus habe ich stets abgelehnt), wohl aber an wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Einfluß gestärkt aus diesem Kriege hervorgehen.“ — Dieser irreleitenden Darstellung Haenischs gegenüber stellt die „Deutsche Tageszeitung“ (Nr. 468 vom 29. September) fest, daß derselbe Herr Haenisch in einer Zuschrift an den „Vorwärts“ Anfang November 1916 wörtlich erklärt hat: „Was aber die vielberufenen „Annexionen“ betrifft, so habe ich für meine Person nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich im Interesse des deutschen Volkes und insbesondere der Arbeiterschaft eine weitgehende Hinausschiebung unserer Grenzen gegen Osten hin für ein höchst erstrebenswertes Kriegsziel halte . . .“ — Wenn sich also später die Sozialdemokraten in Entrüstung über den Frieden von Brest-Litowsk nicht genug tun konnten, so hätten sie nicht vergessen sollen, daß selbst führende Genossen in ihren eigenen Reihen für weitgehende Annexionen gerade im Osten Stimmung gemacht haben.

Aus der Partei.

Preußentag der Deutschen Volkspartei.

Als Auftakt zum preußischen Wahlkampf veranstaltet die Deutsche Volkspartei einen Preußentag in Potsdam. Der Zeitpunkt richtet sich natürlich nach dem Wahltermin. Vorerst ist der 8. und 9. Januar dafür in Aussicht genommen.

Wie Anträge der Deutschen Volkspartei abgelehnt werden.

Bei der Etatsberatung in der Preußischen Landesversammlung wurde der von der Deutschen Volkspartei gestellte Antrag auf Stundung der von den in größter Notlage befindlichen jungen Lehrern und Lehrerinnen des westlichen Industriebezirkes überhobenen örtlichen Zulagebeträge mit den Stimmen der sozialdemokratischen Parteien, der Demokraten und des Zentrums abgelehnt, lediglich aus Unachtsamkeit und Vorurteil dieser bürgerlichen Parteien deutsch-volksparteilichen Anträgen gegenüber, die in den betreffenden Fraktionen nicht eingehend besprochen worden sind. Das Zentrum, das ein großes Interesse gerade an diesem Antrag haben mußte, hat sich damit fahrlässig einen Schnitt ins eigene Fleisch versetzt. Wie wir hören, ist aber die Staatsregierung nach Rücksprache mit dem Vertreter der Deutschen Volkspartei trotzdem gewillt, den in dem Antrag enthaltenen Wunsch zu berücksichtigen.

Wucherpreise für Hafer.

Die Reichstagsabgeordneten Frau Clara Mende, Geisler und Brünninghaus haben folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

„Nach Wiedereinführung der Zwangsbewirtschaftung des Hafers stellt sich heraus, daß die Haferscheine der Pferdehalter der Berliner Gemeinden deshalb nicht beliefert werden können, weil die Gemeinden über Vorräte nicht verfügen. Die Folge ist die völlig unzureichende Ernährung der Pferde und die Wiederkehr eines Schleichhandels mit ungeheuren Wucherpreisen, so daß tatsächlich unter der Zwangswirtschaft die Haferversorgung erheblich teurer ist als unter der freien Wirtschaft.

Sind der Regierung diese Verhältnisse bekannt?

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um dem unhaltbaren Zustand schleunigst ein Ende zu bereiten?

Siegen. Am Sonntag, den 24. Oktober, tagte in der Bürgergesellschaft der Kreisvorstand der Deutschen Volkspartei, zu dem auch Vertreter aus dem Kreise Wittgenstein erschienen waren. Eröffnet und geleitet wurde die Sitzung von Herrn Fabrikanten Herm. Klingspor. Er gedachte mit ehrenden Worten des verstorbenen Herrn Dr.-Ing. e. h. Macco, des 2. Vorsitzenden des Kreisvereins der D. V. P. Siegen—Wittgenstein, dessen Tod ein schmerzlicher Verlust für die Partei bedeutet, und bat die Anwesenden, im Gedenken an den Verstorbenen sich von den Plätzen zu erheben.

In Erledigung der Tagesordnung wurde der bisherige Geschäftsführende Ausschuß einstimmig wiedergewählt und durch Hinzuwahl zwei neuer Mitglieder erweitert. Hierauf gab Herr Klingspor — Mitglied des Zentralvorstandes des hiesigen Wahlvereins — Bericht über die Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei am 5. Oktober 1920 in Hannover. Auf seine Ausführungen hin, denen die Anwesenden mit großem Interesse zuhörten, entspann sich eine rege Aussprache. Herr Geschäftsführer Nitschke gab in kurzen Worten einen Bericht über die bisherige Tätigkeit der Geschäftsstelle, und machte den Anwesenden Vorschläge für die Winterarbeit innerhalb der Organisation. Auch forderte er auf, weiter wie bisher und mehr noch wie bisher für blühendes und reges Parteileben zu arbeiten. Verschiedene Anfragen aus der Versammlung heraus führten zu einer lebhaften Aussprache.

Herr Eisenbahnwerkführer Schade berichtete eingehend über die schwebende Besoldungsreform der Beamten und ihre Wünsche. Der Kreisvorstand beschloß darauf, in diesem Sinne für die Beamtenschaft einzutreten und die Vorstände der Partei davon zu unterrichten. Weiter beteiligten sich an der Aussprache Herr Amtsgerichtsrat Schneider, Herr Dr. Kruse, Herr Lehrer Steinkamp und Herr Lehrer Friedrich.

Siegen. Im Monat November beabsichtigt die Geschäftsstelle Versammlungen abzuhalten in den Ortschaften: Littfeld, Krombach, Dahlbruch, Kreuztal, Hilchenbach, Eiserfeld, Wilnsdorf, Neunkirchen, Niederdresselndorf, Holzhausen, Würgendorf, Burbach und Oberschelden. Wir bitten, die Vorsitzenden der genannten Ortsgruppen umgehend um Mitteilung, wann und wo die einzelnen Versammlungen stattfinden sollen. Die Geschäftsstelle ist leider nicht in der Lage, schon heute genauere Mitteilungen darüber zu veröffentlichen, dies wird aber sofort nachgeholt, sobald die nötigen Unterlagen vorliegen.

Siegen. Trotzdem schon einmal in den hiesigen Zeitungen über den Unterhaltungsabend des evangelischen Frauenvereins berichtet worden ist, ist es unumgänglich, anläßlich der wiederholten Aufführung der Märchen am Freitag Abend, den 22. 10 noch einmal darauf zurückzukommen.

Man muß diesem Vereine größten Dank wissen, daß er es gewagt hat, aus dem allgemein Üblichen heraus einmal etwas ganz Neues zu bringen. Neues? Nein, etwas, was immer dagewesen ist, man heute jedoch schon fast vergessen hat — Märchen! Alte liebe Grimmsche Volksmärchen! Mitten in unserer unruhigen bewegten Zeit greift das Heimweh nach diesen einfachen lieblichen Geschichten ans Herz.

An diesem Abend sind sie lebendig geworden. In der Vortragskünstlerin, Fräulein Carmen Böttcher-Berlin fanden sie die für sie geschaffene Erzählerin. Sie schmeichelte sich mit ihrer Stimme ins Herz der Zuhörer hinein und es lachte, weinte, kicherte und lebte in ihren Geschichten. In ihren Worten atmete das leibhaftige Märchen, wie sie auch äußerlich als das verkörperte schlichte Märchen in einfachem weißen Kleide und Rosenkranz saß.

Auf der Bühne standen die alten Märchen in ganz entzückenden Schattenbildern auf. Ein köstliches Prinzeßchen war Anneliese Deutsch, und der dicke, tockpatschige Frosch rief Jubel unter den Zuschauern hervor. Dieses Verwundern und Staunen als der Prinz — gut gegeben von W. Burgmann — anStelle des verwunschenenFrosches erscheint! Der lange Brautzug war ein Meisterstück des Schattenspiels mit feinsten Gruppen. Etwas Diesenbachsches; all die süßen Kinderprofile in ihrer Fröhlichkeit daherziehen zu sehen mit Fackeln, Trompeten, Harfen und Blumenkränzen.

Die Bremer Stadtmusikanten! Gibt es etwas köstlicheres für Kinder, als dieses koboldige Spiel der Tiere nachzumachen? Im Zuschauerraum jauchzten Kinderstimmchen über das zierliche schwänzelnde Kätzchen, über die unheimlichen wilden Räuber. Hier ist hervorzuheben die ganz meisterhaft musikalische Begleitung durch Frau Superintendent Hubbert. Ihre Einführung in die Seele der Märchen zeigte, daß sie eine feinempfindende Künstlerin ist, die den Märchen durch Musik Leben und den Gestalten Rythmus des Spieles gab. Das Zusammenwirken von Vortrag, Spiel und Musik war hier eins — das Märchen.

Ein liebliches Dornröschen war Lotte Frey. Das sanfte einschmeichelnde dieses Märchens kam sehr gut zum Ausdruck. Die Feinheit der Kulissen wirkte hier zauberhaft. Diese wundervolle Dornenhecke, diese köstliche Schloßküche! Für Erwachsene mit Kunstverständnis ein wahrer Hochgenuß! Die Kulissen sind sämtlich von der Kunstschule in Offenbach geschnitten, und dem evangelischen Frauenverein liebenswürdigst überlassen von Frau Klingspor aus Offenbach, geb. Ax, einer Siegenerin, die der Heimat diese Köstlichkeiten nicht vorenthalten wollte. Ihr ist viel Dank zu sagen, ebenso ihrer Schwester, Frau Fischer, die mit ihr zusammen die unendliche Mühe der Regie trug. Wer weiß, was es heißt, Kinder für ein Spiel einzudrillen, weiß auch, wieviel Dank man ihr schuldig ist.

Die größte Heiterkeit erweckte wohl das Bechstein-Märchen: „Schwan, kleb an!" Lag in den ersten Märchen mehr Zartheit und Lieblichkeit, so kam hier der Humor zu Wort. Eine köstliche Fröhlichkeit herrschte im Zuschauerraum über diesen glücklichen Gottfried mit seinem Schwan, an dessen Federn eine ganze Reihe neugieriger, wütender Leutchen, Lehrjunge, Schornsteinfeger, Bajazzo, Wäscherin, Amtmann und die dürre Frau Amtmännin kleben bleiben, und der zuletzt eine ganz reizende Prinzessin zur Frau bekam.

Eingefaßt waren diese Märchen von Gesangvorträgen von Frl. Schneider, die auch diesem Abend den Zuhörern den Genuß ihrer köstlichen Stimme schenkte. Die einzelnen Vorträge waren mit Geschmack ausgesucht und paßten in den ganzen Abend so hinein, daß man sie nicht hätte vermissen wollen.

Erwähnt werden muß hier auch noch einmal Frl. Nelly Hartung-Kreuztal, eine junge Künstlerin, die am Mittwoch Abend durch Klaviervorträge in bester Erinerung bleibt. Man wünscht von Frl. Hartung noch mehr zu hören.

Zu betonen ist bei der ganzen Aufführung noch das: Hier wirkten heimatliche Kräfte (die Vortragskünstlerin Carmen Böttcher stammt aus einer bekannten Siegerländer Familie), alte deutsche Heimatkunst ward hier gezeigt und ist in vorbildlicher Weise gebracht worden. Allen, die es mit der Jugend und der Heimat gut meinen, sei es gesagt: „Hier ist ein Weg gefunden aus der Geschmacklosigkeit und dem Kitsch unserer Tage! Möge diese Sache in weitestem Maße unterstützt werden.

Niederdielfen. Am Mittwoch, den 20. Oktober, kamen die Mitglieder und Freunde der Deutschen Volkspartei im Gasthofe Burgmann zusammen. Herr Nitschke, Siegen, hielt einen anregenden Vortrag über die politische Entwicklung auf Grund der letzten Reichstagswahl, dem die gut besuchte Versammlung mit regem Interesse folgte. Im Anschluß an den Vortrag entspann sich eine lebhafte Aussprache, die so anregend und interessant war, daß die Versammlung erst um 11 Uhr auseinander ging. Es beteiligten sich daran besonders die Herren Lehrer Jung, Niederdielfen, Lehrer Vetter, Flammersbach, und Lehrer Burkhardt, Anzhausen.

Niederschelden. Die hiesige Ortsgruppe veranstaltet am 29. 10. 1920, abends 8 Uhr, im Hotel zum Storch eine Mitgliederversammlung, zu der auch Freunde der Partei Zutritt haben. Den Vortrag hat Herr Geschäftsführer Nitschke übernommen. Thema: Die politische Lage und die Haltung der einzelnen Parteien dazu.

Gilsbach. Die Ortsgruppe Burbach veranstaltete am Freitag, den 22. Oktober in der Gastwirtschaft Scholl eine öffentliche Versammlung, die recht gut besucht war. Auch hier sprach Herr Nitschke über die brennenden Fragen unserer Zeit, die Zersetzungserscheinung in den Linksparteien, vor allem aber über die Frage der Sozialisierung. Man folgte seinen fesselnden Ausführungen mit regstem Interesse. Zum Schluß trugen sich noch einige Anwesende in die Mitgliederliste der Deutschen Volkspartei ein. Die Anwesenheit der Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe Burbach, der Herren Giershausen, Stein und Wolf trug viel zum Gelingen des Abends bei. Ihnen sei deshalb an dieser Stelle herzlich gedankt.

Berghausen. Unter Leitung des hiesigen bewährten Vertrauensmannes und Vorsitzenden, Herrn Lehrer Emil Bömelburg, fand hierselbst eine öffentliche Versammlung der Deutschen Volkspartei statt, die gut besucht war. Herr Nitschke, Siegen, legte die Stellung der einzelnen Parteien zu den wichtigsten politischen Fragen klar. Besonders beschäftigte er sich mit der Sozialisierung des Bergbaus und der Agrarpolitik der Sozialdemokratischen Partei, wie sie auf dem Programm des Kasseler Parteitages stand. Die interessanten Ausführungen fanden das größte Interesse der Zuhörer.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei, Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich G. Steinhaus (Fernruf 472). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 54, sämtlich in Siegen.

2. öffentlicher Wintervortrag
zum Besten kranker Kinder.

Montag, 1. Nov. 1920, abends 8¼ Uhr pünktlich:

Vortrag

des Herrn Afrikaforschers **A. W. Bode** aus Kairo (Aegypten)
über

Der englisch-ägyptische Sudan
(mit Lichtbildern)

in der **Aula** des **Realgymnasiums** (Oranienstraße).

Zu den angekündigten 6 Vorträgen sind noch 2 hinzugekommen.

Preis der Dauerkarte 12 M., der Einzelkarte 3 M., für Schüler 1 M. an der Abendkasse und bei unserer Geschäftsstelle, Zimmer 21 des Rathauses.

Wir bitten um recht zahlreichen Besuch.

Der Verein Volkswohl.

„Die deutsche Kontrollkasse"

Registrier- und Kontrollkassen
Spezialhaus

Overmann & Schürmann

General-Vertreter der Anker-Werke A.-G., Bielefeld
Muster-Ausstellung:
DUSSELDORF
Graf Adolf-Straße 41.
†473] **Fernsprecher Nr. 1921.**

Sauggasanlage,

12—15 PS.,

Fabrikat Deutz, 2 Schwungräder, gußeiserner Generator und Reiniger, gründlich durchrepar., [†225

sofort preiswert abzugeben.

A. Geilhausen, Wiederstein

Fernruf Nr. 23 Amt Neunkirchen.

Büro-Möbel

jeder Art liefert gut und billig

Möbelhaus Flender
Weidenau-Sieg
Unt. Friedrichstr. 5. Fernspr. 1409.

Sämtliche Reparaturen
an

Kraftfahrzeugen all. Systeme

auch stationären **Motoren** und **Bereifungen**
werden übernommen unter schnellster Ausführung und billigster Berechnung. Auch werden **auswärtige** Arbeiten an stationären Motoren und Maschinen aller Art, auch **Personenfahrten** übernommen. [258

An- und Verkauf von Kraftfahrzeugen und Bereifung.

Automobil- und Motorenwerk — Vulkaniseur-Anstalt

Fritz Krüger, Siegen

Wiesenstraße 11. Fernsprecher 1308.

Unterernährte

Kinder und Erwachsene
erholen sich
durch den regelmäßigen Gebrauch
von
Dr. Oetker's Eiweiß-Nahrung

Urkraft



Ärztlich empfohlen.
Verlangen Sie Gratisprobe und Prospekt in den Apotheken und Drogerien.

Sämtliche **Reparaturen** u. **Neuanlagen** von [†737

Wasserpumpen

werden sach- und fachgemäß ausgeführt von

Albert Weber,
Frohnhausen.
Öffentliche Fernsprechstelle.

Für Wiederverkäufer.

Fabriklager der bekannten
„H. W." Taschenlampen-Batterien [z323
wöchentlich frisch zu Fabrikpreis.

H. Schmeck,
Bahnhofstraße 12.

Ziegel

hat abzugeben [†595

Richard Schreiber,
Geisweid.
— Fernruf 1592 —

Übersetzungsbüro
für die Industrie

K. Hoffmann, Siegen
Häutebach 3 1.
Techn. und kaufm.
: Übersetzungen. :

Offeriere prima [†278

Rindfleisch

zum Kochen und Braten Pfd. M. 11,— franko Nachnahme, geräucherten **Speck** M. 18,50.

Hessische Fleisch-Zentrale
Louis Unkel I, Biedenkopf.

Suche gegen sofortige Kasse zu kaufen jeden Posten grobe

Eichen-Schanzen

sowie feine [†360

Birkenreiser-Schanzen.

Schriftl. Angeb. u. S. S. 245 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

DRUCKARBEITEN

ALLER ART WERDEN IN KÜRZESTER ZEIT ERLEDIGT
BUCHDRUCKEREI
G. STEINHAUS, SIEGEN
FERNRUF 472 — KÖLNERSTR. 2 (EINGANG AXESWENDE)

Louis Hees, Siegen

Generalvertrieb
der „Adler"-Schreibmaschinen

Büro-Einrichtungen
Geldschränke

Blechbiegemaschine

für Bleche bis 4 mm Stärke, Nutzlänge 2550 mm, Oberwalzendurchmesser za. 165 mm, Unterwalzendurchmesser za. 140 mm, zu kaufen gesucht. [271

Ausführliche schriftliche Angebote unter B. 271 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.



Selten reelles Angebot!

Obenstehende 5 **starke Kochtöpfe** mit Deckel, garantiert Reinaluminium, für nur M. 175,— ab hier, einschl. Verp., liefert per Nachnahme mit 3jähr. Garantie [†462

Neuheiten-Vertrieb „Essendir", Essen-Ruhr, Julienstr. 58.

Fensterglas
Drahtglas
Fabrikglas
(undurchsichtig)
liefert prompt ab Lager

Glashandlung Benzer & Warm.

G. m. b. H.
SIEGEN, Fernruf 1433.